

Catharin E. Dalpino

## Does globalization promote democracy?

### An early assessment

Brookings Review, 22/10/2001

#### Einleitung

Globalisierung wird als Katalysator der Demokratie angesehen, vor allem seit der Zeit nach dem Kalten Krieg. Dieser deutliche Trend kann jedoch nicht belegen, dass ein starker direkter Zusammenhang zwischen Globalisierung und Demokratisierung besteht. Die Befunde sind durchzogen und dies wird noch eine Weile andauern. Zum einen finden in Ländern Revolutionen unter Beifall internationalen Truppen und Satellitenfernsehen statt, zum anderen werden in gewissen Ländern, die Leute täglich kosmopolitischer obwohl sie an traditionellen Praktiken festhalten (z.B. der Stadtstaat Singapur).

Einerseits schreitet in den ehemaligen Ostblockstaaten die Demokratisierung kontinuierlich vorwärts, während andererseits neue Demokratien unter der Last der Globalisierung schwanken. Sei es wegen ungünstigen Wirtschaftsentwicklung oder zunehmender transnationaler Kriminalität. Dalpino fasst diese Situation wie folgt zusammen:

*«It may not yet be possible to make a final judgment about the connection between globalization and democracy, but a closer look will clarify where globalization has helped democratization, where it has inhibited movement toward greater openness, and, assuming an increased pace of globalization, what the greater flows of people and ideas will mean for the world's governments and societies in the years ahead.»*

#### 1. Internationale und regionale Institutionen beeinflussen die Demokratieentwicklung

Gerade in internationalen und regionalen Institutionen, zeigt sich der Einfluss der Globalisierung auf die Demokratie, indem demokratische Normen und Prinzipien der Menschenrechte eingeführt wurden.

Beispiele für die Durchsetzung der Menschenrechtsprinzipien dank internationalen Institutionen:

Verhaftung des ehemaligen chilenischen Präsidenten Augusto Pinochet in London, Einsetzung des Tribunals für das ehemalige Jugoslawien und später die Ausdehnung auf Ruanda, sowie die Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofes.

Beispiele für die Durchsetzung demokratischer Prinzipien in regionalen Institutionen:

Die Europäische Union, welche ursprünglich ein wirtschaftlicher Zusammenschluss europäischer Staaten war, verlangt als Vorbedingung demokratische Regierungen und fördert mit ihrer gemeinsamen Aussenpolitik die Demokratie. Die Organisation amerikanischer Staaten, war einst ein diplomatisches Forum für demokratische wie auch nicht demokratische Regierungen, fördert aktiv die Wiederherstellung von Demokratien in gefährdeten Staaten. Die Organisation afrikanische Einheit, ebenfalls ursprünglich eine diplomatische Gruppe, versucht einen regionalen Menschenrechtscode nach dem Modell «Helsinki Prozess in Europa»<sup>1</sup> zu schmieden.

---

<sup>1</sup> Der Helsinki-Prozess für Globalisierung und Demokratie ist auf der Suche nach neuen und das «Empowerment» fördernden Lösungen für die Dilemmas der «Global Governance» und bietet ein Forum

Aber dieser Prozess hat auch seine Grenzen. Regionale Gruppen übernehmen demokratische Codes, wenn bereits Mitglieder demokratischer Länder vorhanden sind oder wenn der wirtschaftlich mächtigste Staat in der Gruppe demokratisch ist. In diesen Fällen ist das Gewicht der demokratischen Mehrheiten genug gross, um nichtdemokratische Staaten zu überzeugen. Aber dieser Trend gerät ins Stocken, wenn das politische Spektrum eine gleiche Anzahl von demokratischen wie aber auch nichtdemokratische Staaten beinhaltet oder wenn autoritäre Regime vorherrschend sind.

Asien ist so ein Beispiel, wo die verschiedenen politischen Regime die Themen Demokratie und Menschenrechten nicht in den Institutionen Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft und Vereinigung südostasiatischer Staaten eingebracht haben.

Ein weiterer wichtiger Akteur der weltweiten Demokratie- und Menschenrechtsförderung sind die transnationalen Nichtregierungsorganisationen. Diese Gruppen, welche ursprünglich in den westlichen Ländern entstanden sind, errichten Brückenköpfe in autoritäre Nationen, obwohl sie selten ohne massive Einschränkungen agieren können.

Sie sind die beste Möglichkeit, um Demokratie und Menschenrechte in diesen Regionen zu fördern. Es ist ein fortschreitender, sich überschneidender Prozess, indem Vertreter der Nichtregierungsorganisationen mit offiziellen Regierungsvertretern zusammen kommen und sie sich im Dialog oder anderen informellen Kanälen austauschen können. Dies gilt vor allem für Länder Asiens und Mittlerer Osten.

## **2. Wirtschaftliche Wirkung der Globalisierung auf Reformen in autoritären Systemen**

Westliche Politikerinnen und Nichtregierungsgruppen hoffen auf die indirekte Wirkung der Globalisierung in Regionen, in denen nach wie vor wenig bis keine Demokratieentwicklung stattgefunden hat. Denn Globalisierung bietet autoritären Regierungen Anreize, indem diese bei einer Öffnung von den wirtschaftlichen Vorteilen profitieren können. Daraus folgt aber auch das diese Staaten im Gegenzug politische Konsequenzen Richtung mehr Demokratie akzeptieren sollten.

Die Theorie fokussiert zwei Aspekte der Globalisierung:

- Internationale Handelsfreiheit
- Telekommunikation

Es ist nicht überraschend, dass diese zwei Punkte mit den amerikanischen Überzeugungen übereinstimmen: «That open markets and democracy are the inspiration and consequence of one another and that the march of technology cannot be stopped».

Als Beispiel wird die Handelsbeziehung zwischen China und USA aufgeführt und den Eintritt Chinas in die Welthandelsorganisation. Die US-Regierung ist überzeugt, dass dies eine «Hintertür» öffnet, um politische Reformen in China durchzusetzen. Zum Beispiel sollte die politische Transparenz erhöht und der Rechtsstaat gestärkt werden. Weiter soll die Zusammenarbeit privater ausländischer Telekommunikationsfirmen mit staatlichen Firmen Chinas die Technologie verbreiten und die Staatskontrolle zwischen China und dem Rest der Welt - aber auch innerhalb Chinas – lockern helfen.

---

für einen offenen und umfassenden Dialog zwischen den größten gesellschaftlichen Interessengruppen (Stakeholders). Der Prozess fördert die lösungsorientierte Kooperation zwischen Regierungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Unternehmenssektor. Der Helsinki-Prozess wurde auf Initiative der finnischen Regierung in Kooperation mit der tansanischen Regierung hervorgerufen.  
[www.helsinkiiprocess.fi/doc/about\\_HP\\_de.asp](http://www.helsinkiiprocess.fi/doc/about_HP_de.asp)

Es zeigt sich, dass in Ländern mit autoritären Regimes, die Führer aus pragmatischen Gründen – Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingung durch verstärkten internationalen Handel - bereit sind Reformen zuzustimmen, solange diese der Bevölkerung nicht als ideologische Kapitulation betrachtet werden. Einiger solcher Führer stimmen Reformen im wirtschaftlichen Bereich zu, weil diese vor allem ausländische Firmen betreffen. Auch wenn es am Anfang möglich ist, die heimische Bevölkerung von den ersten Reformschritten auszuklammern, sind die längerfristigen Konsequenzen der Liberalisierung eventuell so, dass das herrschende System weitere Reformschritte umsetzen werden.

Die Liberalisierung der Wirtschaft kann aber auch das Gegenteil hervorrufen, indem die betroffene Bevölkerung ihren Unmut über die Veränderungen veranlasst, bei Wahlen für (teilweise-)autoritäre Regierungen zu stimmen.

Als Beispiel nennt Dalpino den Beitritt Russlands in die internationale Wirtschaft. Ein Teil der russischen Bevölkerung ist überzeugt, dass die Korruption und die Wirtschaftsverbrechen dadurch noch zu genommen haben.

Die globalen Handelsregeln sind vor allem von westlichen Demokratien formuliert worden. Wenn nun mehr gemischte Wirtschaftsmächte - Regierung stimmt den Marktreformen zu nicht aber zwingend den westlichen Demokratiereformen - eintreten, dann könnte es zu Veränderungen in den Institutionen kommen.

### **3. Technologische und wirtschaftliche Effekte**

Der Einfluss der Technologie auf den Demokratisierungsprozess ist unmittelbar, aber nicht ein ausreichender Effekt für politische Veränderungen. Der technologische Fortschritte - vor allem in der Kommunikation (Fax, Mobile und Internet) - haben eine neue Dimension des Widerstandes gegen autoritäre Regierungen erzeugt. Zum Beispiel konnten chinesische Demonstranten 1989 am Tiananmen Square mit der Weltöffentlichkeit per Fax in Kontakt treten. In Bangkok fand 1992 eine antimilitärische Demonstration von Studentenführern statt, indem sie sich per Mobile organisiert hatten.

Die Förderung der politischen Öffnung dank dem technischen Fortschritt, liegt aber im täglichen privaten wie auch politischen Umgang damit. Gerade in autoritär geführten Gesellschaften stellt das Internet eine echte Alternative zu den von der Regierung dominierten gedruckten und elektronischen Medien dar. Jedoch nur für die, die auch einen Zugang zum Internet haben. In China benutzten 2001 rund 17 Millionen Personen das Internet.

Einerseits wollen moderne autoritäre Staaten die Technologie fördern aber gleichzeitig wollen sie die Bürgerinnen von deren Nutzung abhalten. Gerade China versucht mit verschiedenen Instrumenten das Internet zu kontrollieren.

Globalisierung kann dazu führen, dass ein autoritäres Regime seine Legitimation, dank den ökonomischen Reformen und verbesserten Zugang zu Technologie und Gütern, stärken kann. Ironischerweise kann somit die Globalisierung die Langlebigkeit eines solchen Regimes, wenigstens kurzfristig, am Leben erhalten.

Weiter können ökonomische Krisen den Reformkurs in Mitleidenschaft ziehen. So geschehen in Vietnam und Laos 1997-98 als die Wirtschaftskrise einsetzte wurden die moderat eingeführten Reformen über Bord geworfen. Vor allem der Misserfolg von einigen schnell wachsenden Wirtschaften in Asien, die eng mit dem Westen verhängt waren, wurden als Warnung gesehen. Nicht nur nahm die Bevölkerung die Globalisierung als Gefahr wahr, sondern es förderte eine anti-westliche Einstellung und verstärkte die nationalistische Tendenzen. So geschehen in Malaysia.

#### **4. Entsteht eine neue globale Elite?**

Es ist schwer vorhersehbar, wie die neuen politischen und sozialen Klassen, vor allem in autoritären Ländern, sich verändern werden. Einige Forscher gehen davon aus, dass die Globalisierung eine neue Mittelklasse hervorbringt, die Druck für mehr demokratische Reformen erzeugen wird. Diese Verallgemeinerung ist durchaus berechtigt, jedoch gibt Dalpino zu bedenken, dass die Rolle der Eliten in politischen Veränderungen nicht unterschätzt werden darf. Für sie stellt sich also nicht die Frage, ob Globalisierung helfen kann die Leute auf die Strasse zu bringen und für Veränderungen zu kämpfen, sondern ob sie die Elitengruppen verändern kann.

In Ländern, die Modernisierung und wirtschaftliches Wachstum fördern, sind zwei Entwicklungen der politischen Kultur der Eliten sichtbar:

- Zunahme von Technokraten (trainiert in Bereichen der globalen Wirtschaft und Politik)
- Neue kommerzielle Elite, die über Machtstrukturen in der Gesellschaft verfügen

#### **5. Schlussbetrachtung**

Natürlich ist Globalisierung nicht ein politisches Allheilmittel, aber längerfristig eine gute Verbündete der Demokratieförderung. Zu überprüfen ist, ob die Korrelation zwischen zunehmendem Handel und Demokratisierung wirklich zutrifft.

Obwohl die fortschrittlichen Demokratien die Globalisierung vorantreiben können, sollten sie nicht erwarten das Ergebnis zu kontrollieren oder sofortige Resultate erwarten. Dalpino sagt zum Schluss: «Indeed, the more enduring aspects of globalization may take at least a generation to realize. Until then, policymakers should be as ready to recognize globalization's costs to democratization as they are to laud its benefits».